

Haushaltsrede des Vorsitzenden Werner Sell der Linksfraktion im Kreistag Unna am 21.12.10

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat, meine Damen und Herren Gäste, lb. Kolleginnen und Kollegen.

Als der Kreiskämmerer Anfang November den Haushaltsplanentwurf in den Kreistag einbrachte, war eine seiner Aussagen „man sieht Licht am Ende des Tunnels“. Er hatte recht, auch und gerade, weil vor 5 Tagen das Nachtragsgesetz zum Gemeindefinanzierungsgesetz im Landtag NRW verabschiedet wurde.

Dieses sieht für die Städte, Gemeinden und Kreise in NRW eine Einnahmeverbesserung in Höhe von ca. 300 Mio. Euro vor. Für die Städte und Gemeinden im Kreis Unna bedeutet dies, daß in diesem Jahr noch rund 5,5 Mio. Euro in die leeren Kassen fließen. Auch die Kasse des Kreises wird mit ca. 1,3 Mio. Euro zusätzlicher Schlüsselzuweisungen aufgefüllt.

Aber Herr Landrat, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist beileibe kein geschenktes Geld, sondern lediglich ein Bruchteil dessen, was der kommunalen Familie in den letzten Jahren von der von „den Wählerinnen und Wählern sei Dank“ am 9. Mai abgewählten neoliberalen CDU/FDP-Koalition gestohlen wurde, zum bsp. Den 4/7 Anteil an der Grunderwerbssteuer.

Und ihre Hoffnung, Herr Stratmann, auf die Vernunft aller Fraktionen im Landtag zu setzen, hat sich nicht erfüllt. Die CDU/FDP Fraktionen stimmten als einzige nicht nur gegen das Gesetz, nein sie versuchen sogar, und das ist einmalig in der Geschichte unserer Bundesrepublik, dieses Gesetz, welches der kommunalen Familie etwas finanzielle Entlastung bringt, pro einstweiliger Verfügung vor dem Verfassungsgericht zu stoppen. Und das mit dem Wissen, daß sich in keinem Flächenland unserer Republik die kommunale Familie stärker als in NRW an den Kosten beteiligt. Der Kommunalisierungsgrad der Aufgaben lag zuletzt in NRW mit 53% weit über dem Bundesdurchschnitt von 48%.

Wir in NRW haben mit der Abwahl der CDU/FDP-Regierung den Anfang für eine bessere Zukunft vollzogen. Aber wir haben auch keine schwarz-gelbe Bundesregierung verdient, die eine unsozial und unausgewogene Steuersenkungsorgie und Gesetzgebung nach der anderen zu Lasten der Kreise und Kommunen feiert. Erinnert sei hier zum Beispiel an die sogenannte Mövenpicksteuer, die Steuersenkung für die Hoteliers. Aber ich denke, auch dieses Problem werden die Wählerinnen und Wähler spätestens 2013 lösen. Die FDP ist ja zur Zeit voll dabei, wieder das zu werden, wie es Herbert Wehner immer so schön ausdrückte, die 3Pünktchenpartei. Die 7 Landtagswahlen im kommenden Jahr werden der Anfang dazu sein!!

Der am 9.11. dem Kreistag vorgelegte Entwurf des Haushalts verdient den Namen in besonderer Weise. Das Zahlenwerk stellt zwangsläufig den Aspekt der Vorläufigkeit auf der Grundlage einer Prognose in den Vordergrund, weil die endgültigen Berechnungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes noch nicht vorliegen. Die Linksfraktion hofft, dass es dann noch zu Verbesserungen kommen wird.

Eine realistische und fundierte Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 war daher nur begrenzt möglich. Anders als in den Vorjahren liegen damit für die Haushaltsplanung lediglich die vom Land herausgegebenen landesweiten Orientierungsdaten vor. So werden wir in ca. 3-4 Monaten einen Nachtragshaushalt zu beschließen haben, wie das der Kämmerer ja bei der Haushaltseinbringung schon mitteilte.

Ich komme jetzt zu einem Thema, welches mir und meinen Fraktionskollegen seit Monaten wie ein Mühlstein im Magen liegt, die so genannte Haushaltskonsolidierung. Nur, weil die SPD-Fraktion für die letztjährige Haushaltsgenehmigung einen Partner brauchte, erkaufte sie sich die Zustimmung der Privat-vor Staat-Partei FDP. Sie erkaufte sich die Zustimmung, indem sie auf deren Forderung einging, einen externen Unternehmensberater einzukaufen.

Sie hätte es günstiger haben können, wenn sie die Einsicht gehabt hätte, das kreisweite Sozialticket nicht um über 70% zu verteuern, sondern nur um vielleicht 15- 20%. Dann wäre eine Haushaltszustimmung seitens der Linksfraktion und der Grünen auch erfolgt.

Die Kosten für die Unternehmensberatungen, und dazu muß man ja die Personalkosten der Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter hinzuaddieren, schlagen deutlich mit über 200.000 Euro zu Buche.

Die Linksfraktion war von Anfang an gegen die Beauftragung von Unternehmensberatern, weil wir der festen Überzeugung waren, daß, politisches Wollen vorausgesetzt, es genügend Fachleute in den unterschiedlichen Fraktionen/Gruppen und der Verwaltung gibt, um selbst, dort wo es möglich ist, deutliche Haushaltsverbesserungen durchzuführen. Wie gesagt, bei politischem Wollen. Bei der Schlußabstimmung schlossen sich in dankenswerter Weise 4 Kreistagsabgeordnete der Fraktion Bündnis90/Grüne unserem Abstimmverhalten an, 4 enthielten sich, stimmten also auch nicht zu.

Herr LR, meine Damen und Herren, lb. Kolleginnen und Kollegen, was erreiche ich mit Sparen, bzw. besser ausgedrückt mit Kürzen, und was zerstöre ich mit Kürzen? Was erreiche ich mit Kürzen. Ich wage heute die Prognose, daß weniger als 1% der Ausgaben des Kreishaushaltes eingespart werden können.

Und jetzt, was zerstöre ich mit Kürzen, wie z.Bsp. Wegfall bzw. Reduzierung der Zuschüsse an:

Betreuungsvereine, freie Träger der offenen Jugendarbeit, Kinderschutzbund, an kirchliche und sogenannte arme Träger von Kindertageseinrichtungen, Verbraucherzentralen, AIDS-Hilfe, Kreissportbund, Wohlfahrtsverbände, Frauen- und Mädchenberatungsstelle, für die Gleichstellungsarbeit, für Antirassismus/Extremismusarbeit, der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, der vielen, vielen Selbsthilfegruppen in unserem Kreis?

Überall in diesen Bereichen ist eine sehr große Anzahl ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer tagtäglich dabei, Dienste am Menschen zu leisten. Wollen wir denen, entschuldigen Sie bitte den Ausdruck „in den Hintern treten“?

Was zerstöre ich mit der Schließung von Gesundheitshäusern, sollen sich die Selbsthilfegruppen in Nebenzimmern von Gaststätten treffen?

Was zerstöre ich bei der Aufgabe des Ausstellungsstandortes Cappenberg, Wegfall des Trägerzuschusses an die Neue Philharmonie usw. usw. Diese Fragen hat sich der externe Unternehmensberater garantiert nicht gestellt. Warum auch?

Lassen Sie mich noch einen Satz zur SPD sagen:

Auf einen Zuruf von Herr Laumann während der Regierungserklärung am 15.9. antwortete Ministerpräsidentin Kraft, ich zitiere aus dem Plenarprotokoll „Wir stellen aber fest – Herr Laumann – dass die übliche Vorgehensweise der Haushaltspolitik, Sozialausgaben zu streichen und Personal abzubauen, auch in der Vergangenheit nicht zu einer langfristigen Konsolidierung geführt hat. – weder hier noch irgendwo anders. Denn eine solche Politik des Rotstifts bringt bestenfalls kurzfristige Entlastungen, in konjunkturellen Aufschwungsphasen, die – das wird dann noch schlimmer – auch immer kürzer werden. Nein, die Politik des Rotstifts bringt nur kurzfristige Entlastungen, führt teilweise aber zu einem Anstieg der langfristigen sozialen Kosten. Das sind die Folgekosten, die daraus resultieren.“ Zitat Ende.

Oder die Frage, wie hoch soll die Arbeitsverdichtung der Kreistagsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter noch werden, wenn über den gesamten Zeitraum fast 50 Stellen wegfallen sollen?

Egal, dann bin ich ja nicht mehr da, wird er sich gedacht haben.

Aber wir, lb. Kolleginnen, lb. Kollegen, sind dann noch da und was dann? Können wir den Kreis Unna dann noch den sozialen Kreis, den kulturellen Kreis nennen? Werden wir unserer Verantwortung auch gegenüber den Kreisangestellten gerecht? Wir sagen nein.

Wir haben z.Bsp. unter anderem Vorschläge des Beraters vermisst, anstelle die Zuschussgewährung für die Neue Philharmonie zu streichen, Einnahmeverbesserungen in diesem Bereich zu erzielen. So kostet im 9-er Abonnement die teuerste Karte pro Sinfoniekonzert € 14,44, die günstigste in Reihe A 7,77€. Hier wäre, garantiert auch mit Zustimmung der Abonnenten eine maßvolle Erhöhung möglich.

Die Vorschläge bezüglich der interkommunalen Zusammenarbeit sind unseres Erachtens nach dürftig. In der Arbeitsgruppe sollten auch Kreistags- und Stadtratsmitglieder mitarbeiten. Das wäre der richtige Weg, um nach Möglichkeiten zu suchen und zukünftige Modelle zur Umsetzungsreife zu bringen.

Es geht hier keinesfalls darum, örtliche Identität aus finanziellen Erwägungen zu opfern, vielmehr müssen kommunale Strukturen einer vernetzten Sichtweise unterzogen werden. Dieses Thema sollten wir in einer der nächsten Finanzstruktursitzungen angehen. Auch und gerade mit der SPD-Kreistagsfraktion muß dies doch einfach sein, gehören doch 8 von 10 Bürgermeister unserer kreisangehörigen Städte und Gemeinden der SPD an. Wichtig ist es, das sogenannte Kirchturmdenken bei einigen Kommunalpolitikern und Bürgermeistern zu beseitigen und ihren Blick auf das Ganze zu lenken, zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger.

Herr Landrat, meine Damen und Herren, lb. Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Grüne stellen wir heute wieder einen Antrag, den Preis für das kreisweite Sozialticket auf 20,-- € zu senken, das Stadtticket wegfallen zu lassen. Ich gehe davon aus, dass mein Kollege Goldmann das wichtigste zur Begründung gesagt hat.

Ich bin sicher, die SPD-Fraktion wird dieses wieder ablehnen. Ihr sei hier empfohlen, einen Blick auf die Seiten 19 und 20 des Beteiligungsberichtes zu werfen. Auf Seite 20 wird erläutert, dass die Umsatzerhöhungen auch aufgrund der Einführung des Sozialtickets zurück zu führen sind. Auf Seite 19 erkennen sie, dass trotz Einführung des Sozialtickets der Omnibusbestand bei 172 Fahrzeugen identisch ist mit dem Bestand vor Einführung des Sozialtickets. Auch der Personalbestand bei den

Fahrern ist nicht angestiegen. Volkswirtschaftlich ist bei der VKU kein Mehraufwand feststellbar, betriebswirtschaftlich kann man vieles schön- oder schlecht rechnen.

Wir werden, auch bei einer Ablehnung, dieses Thema immer und immer wieder auf die Tagesordnung bringen.

Dem Haushalt für 2011 stimmen wir zu, da uns bewusst ist, dass in 3-4 Monaten sowieso ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden wird.

Den Kürzungsmaßnahmen, die den sozialen Bereich betreffen, werden wir ablehnen, als auch die Positionen, die mit Personaleinsparungen verbunden sind.

Lassen Sie mich noch etwas zum CDU-Antrag zur Neuen Philharmonie sagen:

In „Der Westen“ vom 9.11.2009 sagte der damalige Landratskandidat anlässlich einer Kreisrundfahrt am Schloss Cappenberg, ich zitiere: „Das Schloss Cappenberg sei ein wichtiges Kulturgut der Region im Privatbesitz, das LWL und der Kreis Unna langfristig bis 2015 angepachtet haben. Angesichts der angespannten Finanzlage des Kreises müsse aber überlegt werden, ob man sich aus diesem teuren Engagement nicht zurückzieht. Ähnliches gelte auch für die Philharmonie Westfalen.

In seiner letztjährigen Haushaltsrede sagte Jasperneite, ich zitiere: „Wozu braucht der Kreis Unna eine eigene Philharmonie? Brauchen wir auf kaltem Weg eingeführt ein „Haus der Moderne“?

Ich habe hier bewusst zwei Beispiele aus der „Kultur“ herausgegriffen, die der Kreis als freiwillige Leistung vorhält.

Herr Landrat, wie können Sie mit der Kür beginnen, wenn Sie das Pflichtprogramm noch nicht einmal ansatzweise erfolgreich bestanden haben?

Zitat Ende

Ich danke auch im Namen meiner Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Erstellung des Haushaltes mitgearbeitet haben für die gewiss nicht leichte Arbeit.

Allen Anwesenden wünsche ich im Namen meiner Fraktion ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein friedliches, von sozialer Wärme getragenes Jahr 2011.

Ich danke Ihnen.